

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Georges Thüring, SVP-Fraktion: Medialer Stellenwert des Baselbiets wird immer kleiner!**

Autor/in: [Georges Thüring](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 11. Juni 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Das Medienangebot im Kanton Basel-Landschaft ist in den letzten Jahren konstant zurückgegangen. Dies gilt im Besonderen für den Bereich der Tageszeitungen. Mittlerweile bestehen mit der Basellandschaftlichen Zeitung und der Basler Zeitung noch zwei Anbieter.

Die *Basler Zeitung* bemüht sich um eine regional ausgewogene Berichterstattung, wobei Basel-Stadt respektive die Stadt betreffende Themen aufgrund des Standortes der BaZ zwangsläufig Priorität geniessen. Ob und inwiefern diese redaktionelle Praxis auf längere Sicht weitergeführt wird, ist angesichts der offensichtlich noch nicht abgeschlossenen Spar-Massnahmen der Basler Medien-Gruppe offen. Mit dem Verkauf der *Basellandschaftlichen Zeitung* an die aargauische AZ Medien AG ist die Redaktionsleistung der *bz* bezüglich des Baselbiets spürbar zurückgegangen. Gab es bis vor kurzem noch zwei regionale Bündle (Baselland & Basel-Stadt), bietet die *bz* heute nur noch einen regionalen Bund an, wobei nun in der Regel zuerst Basel-Stadt und erst in zweiter Linie Themen aus Baselland behandelt werden. Die Basellandschaftliche Zeitung ist streng genommen nur noch dem Titel nach ein basellandschaftliches Blatt; die redaktionelle Berücksichtigung und Abhandlung kantonaler Themen fristet - gemessen an der früheren, traditionell baselbieterischen *bz* - praktisch nur noch ein "Rand-Dasein".

Die publizistische Vielfalt und eine identitätsstiftende Aufgabe seitens der Medien wird in unserem Kanton nur noch durch die wöchentlich dreimal erscheinende Volksstimme (Sissach) und die verschiedenen Wochenblätter wahrgenommen, was sie zum Teil auf sehr bemerkenswerte Weise tun. Ihnen gebührt deshalb Anerkennung und Dank.

Und ein kurzer Blick auf die elektronischen Medien zeigt, dass sich Telebasel redlich und in zunehmendem Masse um Baselbieter Themen bemüht, hingegen im Bereich der Lokalradios ebenfalls eine Vernachlässigung unseres Kantons droht - vor allem im Hinblick auf den Verkauf von Radio Basel 1 (vormals das Baselbieter Radio Raurach) an den Medienunternehmer Christian Heeb (Mitgründer von Radio Basilisk).

Die - zugegebenermassen rudimentär beschriebene - Entwicklung kann uns Baselbieter nicht befriedigen und ich ersuche den Regierungsrat deshalb um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die stattgefundene Medienentwicklung in unserer Region und wie beurteilt er die mediale Stellung unseres Kantons?
2. Hatte der Regierungsrat bereits Kontakte mit der AZ Medien AG hinsichtlich deren Engagements und Absichten bezüglich der Basellandschaftlichen Zeitung?

3. Ist der Regierungsrat gewillt, bei den Verantwortlichen der Basellandschaftlichen Zeitung respektive der AZ Medien AG zu intervenieren, damit dem Baselbiet wieder jener redaktionelle Stellenwert beigemessen wird, den unser Kanton in einer "Basellandschaftlichen Zeitung" eigentlich haben sollte?
4. Verfügt der Kanton über Förderinstrumente, damit zumindest die Volksstimme von Baselland und die Wochenblätter ihre guten redaktionellen Leistungen auch in Zukunft erbringen und in diesem Bereich gegebenenfalls wirtschaftlich bedingte Einschränkungen aufgefangen werden könnten?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat zum angekündigten Verkauf von "Radio Basel 1" an den Basler Medienunternehmer Christian Heeb?
6. Bislang galt "Radio Basel 1" aufgrund seiner Geschichte (Radio Raurach) mehr oder weniger als Baselbieter Radio. Studio- und Redaktionsstandort ist bis heute der Kantonshauptort Liestal. Wie will die Regierung darauf hinwirken, dass dies auch in Zukunft - trotz Besitzerwechsel - so bleibt?
Welche konkrete Handhabe steht ihr dafür zur Verfügung - zum Beispiel im Rahmen des Prüfungsverfahrens dieses Verkaufs (Übertragung der Konzession, behördliche Auflagen, etc.)?

Ich danke dem Regierungsrat für eine raschestmögliche Beantwortung dieser Fragen, die zweifellos auch von öffentlichem Interesse sein dürfte.